

3.1-7042 Sicherheit und Justiz

Antragsteller*in: LAG Inklusion

Beschlussdatum: 01.10.2026

Text

Von Zeile 7040 bis 7041 einfügen:

Gruppen und Menschen mit Behinderungen sowie ihre besonderen Schutzbedürfnisse verankern wir stärker im Konzept.

Menschen mit Behinderungen müssen im Bevölkerungsschutz von Anfang an mitgedacht und an der Planung beteiligt werden. Gemeinsam mit ihren Selbstvertretungen wollen wir verbindliche Standards für einen inklusiven Bevölkerungsschutz entwickeln. Warnungen und Kriseninformationen müssen barrierefrei zugänglich sein, Evakuierungs- und Notfallpläne unterschiedliche Unterstützungsbedarfe berücksichtigen und Notunterkünfte sowie Notfall-Infopunkte barrierefrei nutzbar sein. Assistenz, Hilfsmittel und Unterstützte Kommunikation müssen auch im Krisenfall verlässlich sichergestellt werden. Einsatz- und Sicherheitskräfte wollen wir gezielt für die unterschiedlichen Bedarfe von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren und den inklusiven Umgang in Aus- und Fortbildungen des Bevölkerungsschutzes verankern.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Ändern in:

Begründung

Krisen und Katastrophen treffen Menschen mit Behinderungen häufig besonders stark. Fehlende barrierefreie Informationen, nicht zugängliche Notunterkünfte oder Evakuierungspläne, die Assistenz- und Unterstützungsbedarfe nicht berücksichtigen, können im Ernstfall lebensgefährlich werden. Die Erfahrungen vergangener Krisen haben gezeigt, dass Barrierefreiheit und Inklusion deshalb bereits bei der Vorsorge und Planung berücksichtigt werden müssen.

Ein inklusiver Bevölkerungsschutz schützt alle Menschen. Dafür müssen Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungen von Anfang an beteiligt, unterschiedliche Unterstützungsbedarfe verbindlich eingeplant und Einsatzkräfte entsprechend qualifiziert werden. So setzen wir zugleich den Anspruch aus Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention um, Menschen mit Behinderungen auch in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen wirksam zu schützen.

Unterstützer*innen

Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel)